

DOLCE · LAUDA

RECHTSANWÄLTE · AVVOCATI

Partnerschaftsgesellschaft mbB

Mandantenbrief

für den deutsch-italienischen Rechtsverkehr

Lettera ai clienti

per i rapporti giuridici italo-tedeschi

2·24

60325 Frankfurt am Main · Arndtstraße 34-36
Telefon 069 - 92 07 15-0 · Telefax 069 - 28 98 59
email: info@dolce.de · www.dolcelauda.com



Die Welt ändert sich: Regierungskrise in Deutschland, stabile Verhältnisse in Italien. Was bleibt, ist die in Deutschland weitverbreitete Lust am Pessimismus. In der FAZ vom 11.11.2024 – kein Karnevalsscherz – vergleicht Werner Pumpe ernsthaft die aktuelle wirtschaftliche Lage mit jener der DDR kurz vor dem Mauerfall („Die gekaufte Zeit ist abgelaufen“). Deutschland wäre damit bankrott. Wie soll es dann dem italienischen Staat gehen, mit einer Quote der Staatsverschuldung, die doppelt so hoch ist wie die deutsche? Ist unsere (italienische) Lage dramatischer als die Agonie der DDR? Da will keiner daran denken und das würde auch nur auf Kosten der Produktivität gehen. Viel Spaß mit unserer neuen Ausgabe, die wir Anthony Albanese widmen (Siehe S. 4 und 5)!

Il mondo sta cambiando: crisi di governo in Germania, condizioni stabili in Italia. Ciò che rimane è la diffusa tendenza al pessimismo in Germania. Nella FAZ dell'11 novembre 2024 - non è uno scherzo di carnevale, vista la data - Werner Pumpe paragona seriamente la situazione economica attuale a quella della GDR (Germania dell'est) poco prima della caduta del Muro di Berlino ("Il tempo che abbiamo comprato è scaduto"). La Germania sarebbe in bancarotta. Come dovrebbe comportarsi allora lo Stato italiano, con un rapporto debito pubblico/PIL doppio rispetto a quello tedesco? La nostra situazione (italiana) è più drammatica dell'agonia della GDR? Nessuno vuole pensarci e sarebbe solo a scapito della produttività. Buona lettura con il nostro nuovo numero, che dedichiamo ad Anthony Albanese (vedi pagine 4 e 5)!

Aus dem Inhalt - All'interno

Tourismus: Bierkartell auf dem Oktoberfest	2
Ultime dalla Germania: Troppi Döner	3
Digitale Welt: Recht auf Vergessen durchsetzbar	4
L'oriundo dell'anno	5
Informationen für Kollegen: Tod dem Schriftsatz	6
Diritto e Arte: Attenti ai droni!	7
Immobilienseite: Neues zum italienischen Hauskauf:	8
Successioni: Il papa abita nel Vaticano	9
Gesellschaftsrecht: Doppelte Sitzverlegung via Luxemburg	10
Costituzioni comparate su Youtube	11
Internationales Zivilprozessrecht: Streitgenossen international	12
Diritto del lavoro: Bonus e obiettivi	13
Dolce Lauda on the Road: Tünnes und Schäl	14
Dolce Lauda on the Road: Orzo e fagioli	15
Pubblicazioni	16



Staatsexamen: 2051
(soweit es die KI erlaubt)

Esame di stato nel 2051
(se l'AI lo permette)

TOURISMUS

Bestpreisklauseln von Booking.com unzulässig

Der EuGH hat in seinem Urteil vom 19.9.2024 (C-264/23) eine Praxis legalisiert, die bei sparsamen Urlaubern längst verbreitet war. Man schaut zunächst bei booking.com welche Hotels angeboten werden, sucht sich das passende aus und ruft dann direkt beim Hotel an, ob es nicht auch etwas günstiger geht als von Booking.com ausgepreist. Oft sind die kleinen/mittleren Hoteliers auch dazu bereit, da damit die nicht unerhebliche Provision an Booking.com entfällt und der Kontakt zum Kunden direkt hergestellt werden kann.

Booking.com hatte bislang mit sogenannten „Bestpreisklauseln“ seinen Vertragshotels untersagt, die Zimmer billiger abzugeben. Nun hat der EuGH festgestellt, dass grundsätzlich alle Arten von Bestpreisklauseln dem Kartellverbot unterfallen und damit unwirksam sind.

Oktoberfest: Kartell der Biere

Das Oktoberfest ist das Ereignis in Deutschland, dass die Italiener Jahr für Jahr am meisten bewegt.

Unsere binationale Redaktion ist mit der Ursachenforschung nicht weit gekommen; eine nachvollziehbare Theorie besagt, dass der schillernde Ruf des Festes in den siebziger/achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts entstanden ist, als der Alkoholkonsum zwischen Deutschland und Italien stark divergierte. Der Selbstzweck des Trinkens, um sich in heitere Stimmung zu versetzen, war in Italien, wo der Alkohol nach dem Essen immer abgeräumt wurde, weniger verbreitet. Italienische Touristen konnten daher unter dem Deckmantel des interkulturellen Experiments sich bedenkenlos volllaufen lassen.

Der Bierausschank auf dem Oktoberfest ist mittlerweile ein milliardenschweres Geschäft. Es wird von einem Kartell von sechs Brauereien betrieben, die der Redaktion bekannt sind, die sich gegenüber neuen Bewerbern vollkommen abschotten. Das gilt auch für den Ururenkel des Gründers des Oktoberfestes; König Ludwig I von Bayern; Prinz Luitpold von Bayern wollte mit seinem eigenen Bier (König Ludwig Schlossbrauerei Kaltenberg) aufs Fest und verlor vor dem Landgericht München I (17.01.1990, Az 1 HKO 18963/89, Kartell). Auch Versuche in jüngster Zeit verblieben ergebnislos. Die Stadt Mün-

chen entzieht sich einem Kartellverletzungsverfahren in dem sie die Verwaltung des Oktoberfestes auf eine privaten Betreibergesellschaft übertragen hat. Nach Thallinger/Vetter in LTO vom 20.09.2024, denen wir den Hinweis auf die Prinz Luitpold Entscheidung verdanken, ist dennoch der Kartellrechtsverstoß evident.

Oktoberfest II: Kollateralschäden

Keine neue Entscheidung des Amtsgerichts München (Urt. v. 02.09.2010, 11, aber nach wie vor aktuell: Einem Fahrgast wurde nach dem Besuch des Oktoberfestes schlecht und er bat den Taxifahrer, kurz anzuhalten. Der Taxifahrer fuhr weiter, der Gast übergab sich im Auto und nun klagte der Taxifahrer gegen den Fahrgast auf Erstattung von 250,00 Euro Reinigungskosten.

Das Amtsgericht wies dem Taxifahrer ein Mitschulden zu, da er nicht angehalten hatte; dass er überhaupt noch etwas bekommen hat, lag daran, dass ihm offensichtlich die Ernsthaftigkeit der Lage vom Fahrgast nicht mit ausreichendem Nachdruck vermittelt wurde (Quelle: LTU vom 30.9.2024).

NEUES AUS DEUTSCHLAND

Döner-Obergrenze in Heilbronn

Der Tod der Innenstädte hat viele Ursachen. Die ersten Täter, die riesigen Supermärkte am Stadtrand, werden jetzt durch Amazon selbst zu Opfer, ohne dass es den Innenstädten hilft. In Deutschland werden die freigewordenen Ladenflächen von Nagelstudios, Mobilfunkanbieter und von Imbissbetrieben jeder Art belegt. In Italien ist die Entwicklung vergleichbar, wobei in Deutschland türkische Imbissbetriebe, in Italien asiatische überwiegen.



Ein Döner! (Symbolbild)

In der Hoffnung, ihre Innenstadt wieder heterogener zu gestalten, haben Heilbronner Stadtverordnete eine Obergrenze für Dönerbuden gefordert (für italienische Leser: ein Döner ist ein Türkisch-Berliner-Hammelfleisch-Hamburger, der in der Türkei unbekannt ist). Die rechtliche Zulässigkeit für die Dönerobergrenze, die die Gewerbefreiheit einschränken würde, ergäbe sich aus einem PWC-Gutachten.

Der Mandantenbrief wird dies weiterverfolgen und berichten.

NEUES AUS ITALIEN

Sichere Herkunftsländer: EU vs. Italien

Das Landgericht Bologna hat dem EuGH in Zusammenhang mit den Dekreten der italienischen Regierung zur Verlegung der Verhandlung von Erstanträgen nach Albanien am 25.10.2024 dem EuGH zwei Vorlagefragen gestellt. Ausgangsfall war der Asylantrag eines Bürgers aus Bangladesch. Die Zivilrichter möchten wissen, nach welchen Kriterien sichere Herkunftsländer zu bestimmen sind, da nach dem Gesetzdekret von 23.10.2024 (Nummer 158) der italienischen Regierung auch Länder wie Bangladesch und Ägypten als solche gelten. Das Landgericht Bologna hat hieran erhebliche Zweifel (<https://www.giustiziainsieme.it/it/diritti-umani/3285-tribunale-bologna-corte-giustizia-dl->

paesi-sicuri). Zudem möchte das Landgericht Auskunft, ob im Fall von konkurrierenden Vorschriften, das europäische Recht Vorrang hat.

Fixierung der Steuerschuld

Der italienische Fiskus ist in den letzten Jahren besonders kreativ und bietet den Steuerpflichtigen ausgefallene Lösungen an. Das Gesetzesdekret 13/2024 hat das sogenannte „Concordato Preventivo Biennale“ eingeführt, dass es dem Steuerzahler ermöglicht, das steuerpflichtige Einkommen aus der Ausübung einer unternehmerischen oder selbstständigen Tätigkeit für einen Zeitraum von zwei Jahren pauschal zu fixieren. Für weitere

Hinweise steht Studio Nicolini Commercialisti Associati in Mailand (info@studionicolini.com) zur Verfügung, dem wir diesen Hinweis zu verdanken haben.



TURISMO

Oktoberfest: cartello delle birre

L'«Oktoberfest» è l'evento tedesco che più emoziona gli italiani, anno dopo anno. La nostra redazione binazionale non è andata molto lontano nella ricerca delle cause; una teoria plausibile è che la scintillante fama del festival abbia avuto origine negli anni '70/'80 del secolo scorso, quando il consumo di alcolici divergeva notevolmente tra la Germania e l'Italia. In Italia, dove gli alcolici venivano sprecchiati dopo i pasti, il consumo di alcolici fine a sé stesso per cambiare umore era meno comune. I turisti italiani potevano quindi ubriacarsi senza remori con la scusa di un esperimento interculturale.



Servire birra all'«Oktoberfest» è ormai diventato un business miliardario. Esso è gestito da un cartello di sei birrifici noti alla redazione, che sono completamente chiusi a nuovi concorrenti. Questo vale anche per il propronipote del fondatore dell'«Oktoberfest», il Re Ludwig I di Baviera; il Principe Luitpold di Baviera voleva partecipare al festival con la propria birra (König Ludwig Schlossbrauerei Kaltenberg) e ha perso davanti al Tribunale di Monaco di Baviera I (17 gennaio 1990, R.G. n. 1 HKO 18963/89, cartello). Anche i tentativi più recenti non hanno avuto successo. La città di Monaco di Baviera ha eluso la procedura di violazione del diritto antitrust trasferendo la gestione dell'«Oktoberfest» a una società operativa privata. Secondo Thallinger/Vetter in LTO del 20 settembre 2024, a cui si deve la segnalazione della decisione relativa al Principe Luitpold, la violazione del diritto antitrust è comunque evidente.

Oktoberfest II: danni collaterali

Non è una nuova decisione del Tribunale di Monaco di Baviera (sentenza del 2 settembre 2010, 271 C 11329/10), ma è sempre attuale: un passeggero si è sentito male dopo essere stato all'«Oktoberfest» e ha chiesto al tassista di fermarsi brevemente. Il tassista ha proseguito, il passeggero ha vomitato in auto e in seguito il tassista ha convenuto in giudizio il passeggero per ottenere il rimborso di 250 euro per le spese di pulizia.

Il Tribunale ha attribuito un concorso di colpa al tassista, in quanto quest'ultimo non si era fermato; il fatto che abbia comunque ricevuto qualcosa è dovuto al fatto che il passeggero non gli aveva evidentemente comunicato con sufficiente chiarezza la gravità della situazione (fonte: LTU del 30/09/2024).

Vietate le clausole di «parità della tariffa» di Booking.com

Con sentenza del 19/09/2024 (C-264/23) la Corte di giustizia dell'Unione europea ha legalizzato una pratica da tempo diffusa tra i vacanzieri parsimoniosi. Si guarda prima su Booking.com per vedere quali sono gli hotel in offerta, si sceglie quello giusto e poi si chiama direttamente l'hotel per vedere se è più conveniente del prezzo indicato da Booking. Gli albergatori di piccole e medie dimensioni sono spesso disposti ad abbassare il prezzo, perché in questo modo non devono corrispondere la non indifferente commissione a Booking.com e si può stabilire un contatto diretto con il cliente.

Booking.com aveva utilizzato le cosiddette clausole di «parità della tariffa» per proibire ai suoi hotel convenzionati di offrire camere a un prezzo inferiore. La Corte di giustizia dell'Unione europea ha ora stabilito che dette clausole di «parità della tariffa» violano tendenzialmente la normativa antitrust e sono quindi nulle.

ULTIME DALLA GERMANIA

Limite massimo di Döner a Heilbronn

La morte dei centri urbani ha molte cause. I primi colpevoli, i grandi supermercati in periferia, sono ora vittime di Amazon stesso, senza che ciò possa aiutare i centri cittadini. In Germania, gli spazi commerciali lasciati liberi in centro vengono occupati da saloni per le unghie, gestori di telefonia mobile e snack bar di ogni tipo. In Italia, la tendenza è simile: in Germania predominano gli snack bar turchi e in Italia quelli asiatici.



Schwabenolympiade in Heilbronn

Nella speranza di rendere il centro città più eterogeneo, i consiglieri comunali di Heilbronn hanno chiesto un limite massimo per le bancarelle di Döner (per i lettori italiani: il Döner è un hamburger turco-berlinese, generalmente con carne di agnello, sconosciuto in Turchia).

L'ammissibilità legale del limite massimo per i Döner, che limiterebbe la libertà di commercio, si basa su un parere di PWC. La lettera ai clienti seguirà la questione e riferirà in merito.

ULTIME DALL'ITALIA

Predeterminazione dell'onere fiscale

Negli ultimi anni il fisco italiano è stato particolarmente creativo, offrendo ai contribuenti soluzioni insolite. Il Decreto Legislativo 13/2024 ha introdotto il cosiddetto "Concordato Preventivo Biennale", che consente ai contribuenti di definire preventivamente il reddito imponibile derivante da attività di impresa o lavoro autonomo per un periodo di due anni. Per ulteriori informazioni, si prega di contattare lo Studio Nicolini Commercialisti Asso-

ciati di Milano (info@studionicolini.com), che si ringrazia per la gentile segnalazione.

Paesi di origine sicuri: UE vs. Italia

Il 25 ottobre 2024 il Tribunale di Bologna ha sottoposto alla Corte di giustizia dell'Unione europea due quesiti relativi ai decreti del governo italiano che trasferiscono il trattamento delle domande iniziali di asilo in Albania. Il caso in questione riguardava la domanda di asilo di un cittadino del Bangladesh. I

giudici civili volevano sapere quali criteri dovessero essere utilizzati per determinare i Paesi di origine sicuri, dato che anche Paesi come il Bangladesh e l'Egitto sono considerati Paesi di origine sicuri secondo il decreto-legge del governo italiano del 23 ottobre 2024 (numero 158). Il Tribunale di Bologna nutre notevoli dubbi al riguardo (<https://www.giustiziainsieme.it/it/diritti-umani/3285-tribunale-bologna-corte-giustizia-dl-paesi-sicuri>). Inoltre, il Tribunale vorrebbe sapere se il diritto europeo prevale in caso di normative concorrenti.

DIGITALE WELT

Recht auf Vergessen in Europa durchsetzbar?

Sowohl in Deutschland wie auch in Italien wird im Geschäftsverkehr jeder wichtige neue Kontakt erst mal „gegoogelt“. Wenn die Suchmaschine dann falsche Informationen verbreitet, können diese nicht nur ehrenrührig, sondern auch massiv geschäftsschädigend sein. Nach Art. 17 DSGVO hat daher der Betroffene unter bestimmten Voraussetzungen ein Recht darauf, dass die Daten gelöscht werden.

Das Oberlandesgericht Köln hat in seinem Urteil vom 4.7.2024 (15 U 60/23) einem betroffenen Lokalpolitiker, über den nachweislich falsche und schädigende Angaben in den Ergebnissen der Suchmaschine auftauchten, das Löschungsrecht gegen Google gewährt. Die Bedeutung des Urteils liegt aber nicht in der Entscheidung selbst, sondern darin, dass das OLG Köln die irische Gesellschaft, die das Europageschäft von Google betreibt, für passivlegitimiert hielt. Die verklagte Google Ireland verteidigte sich zuvor damit, dass sie nur den Zugang zu der Suchmaschine anbieten würde, während die Entscheidungen über die relevanten Suchergebnisse nicht von ihr, sondern von der Google Gesellschaft in den Vereinigten Staaten getroffen werden würden. Der Kläger hätte Google in Kalifornien in Anspruch nehmen müssen.

Das OLG Köln ließ im Einklang mit der BGH-Rechtsprechung hingegen keinen Zweifel daran, dass die

irische Google als Betreiberin der Suchmaschine in Europa als Verantwortliche im Sinne von Art. 4 Nr. 7 DSGVO gilt und für die Löschung daher selbst sorgen muss.

Am 13.5.2014 hatte der Europäische Gerichtshof (C-131/12) im Ergebnis bereits einem spanischen Betroffenen gegen Google ebenfalls recht gegeben und die Verantwortung der Suchmaschine für ihre Suchergebnisse festgestellt. Hier hatte aber Google selbst gegen eine Entscheidung der spanischen Datenschutzbehörde geklagt. Die Frage, ob der Betroffene, der selbst auf Löschung der Daten und möglicherweise auf Schadensersatz klagen möchte, dafür in die Vereinigten Staaten gehen muss, hatte sich daher dem EuGH nicht gestellt.

Eine ähnliche Entscheidung eines italienischen Gerichts ist der Redaktion nicht bekannt und wir bitten um Zusendung, falls es eine solche geben sollte. Die Entscheidung der Kölner Richter ist noch nicht rechtskräftig. Die erste Instanz, das Landgericht Köln, hatte die Frage der Verantwortung von Google Ireland noch im Sinne von Google gesehen.

Der Fall ist ein gutes Beispiel dafür, wie das formelle Recht das materielle Recht schlagen kann. Kein Durchschnittsverbraucher aber auch kein kleines Unternehmen kann es sich leisten, in den USA einen Zivilrechtsstreit zu beginnen.

"I stumbled out of bed
I got ready for the struggle
I smoked a cigarette
And I tightened up my gut
I said this can't be me
Must be my double
And I can't forget, I can't forget
I can't forget
but I don't remember what"
L.C.

BGH verurteilt Facebook wegen Scraping

Im April 2021 hatten unbekannte Täter Daten von rund 533 Millionen Facebook-Nutzer aus 106 Länder im Internet veröffentlicht. Aufgrund eines Fehlers in der Funktion „Freunde-Suche“ konnten die Daten „abgegriffen“ – engl. „scraping“ – werden.

Der BGH hat mit seiner Entscheidung vom 18.11.2024 (VI ZR 10/24) die Haftung von Facebook für den Kontrollverlust dieser Daten festgestellt und grundsätzlich auch einen immateriellen Schadensersatzanspruch für die Nutzer. Entsprechend den im internationalen Vergleich äußerst niedrigen deutschen Sätzen, gehen die Bundesrichter von einer durchschnittlichen Forderung von 100,00 Euro, allein für den Kontrollverlust, aus. In Italien dürfte bei Feststellung der Haftung dem Grunde nach ein höherer Betrag zu erwarten sein.

UNÜBERSETZBARE WORTE – HEUTE: L'ORIUNDO

Trump vs. Albanese

Im Langenscheidt Wörterbuch Deutsch-Italienisch findet sich für das Substantiv „oriundo“ das deutsche Wort „Gebürtiger“, das im aktiven Sprachschatz selten vorkommt. Im Zusammenhang mit einem Adjektiv, dass die Staatsangehörigkeit wiedergibt, ist es gebräuchlicher, so „oriundo tedesco“ = deutschstämmig. Trump ist beispielsweise ein oriundo tedesco.

International scheint der Begriff sich insbesondere auf italienische Auswanderer zu beziehen. Im Wikipedia-Eintrag, der nur in englischer Sprache verfügbar ist, findet sich u.a. eine Liste der italienischen oriundi im Weltfußball.

In Italien sind die Oriundi Gegenstand vieler Sonntagsreden; die italienische Diaspora weltweit soll für die italienische Kultur und damit für italienische Produkte werben.

Wer noch über einen italienischen Pass verfügt, darf in Auslandswahlkreisen an der italienischen Parlamentswahl teilnehmen. Dass es dem italienischen Staat nicht gelungen ist, dieses Kapital zu nutzen (zwischen 1861 e il 1985 haben 30 Millionen Italiener ihr Land verlassen), ist ein trauriges Kapitel unserer Geschichte.

L'Oriundo des Jahres

Da oriundi auch bei Dolce Lauda tätig sind, hat sich die Redaktion für Einführung einer Auszeichnung entschieden, die mit einer Urkunde verbunden ist, die aufgrund der erheblichen Entfernung dem Preisträger nur zugesandt werden kann.



Hier war Albanese nie.

Der Preis 2024 geht an Anthony (Antonio) Albanese, australischer Premierminister. Seine Regierung plant ein Gesetz gegen Fake News, das die Verbreitung von Falschinformationen mit empfindlichen Strafen gegen Online-Plattformen bekämpfen soll. Elon Musk hat Albanese daraufhin als „Faschisten“ beschimpft. Unser Preisträger hat ihn auf die soziale Verantwortung der Plattformen hingewiesen und ihm folgendes mitgegeben: „Wenn Herr Musk das nicht versteht, sagt das mehr über ihn aus als über meine Regierung.“
(Quelle „Die Zeit“ vom 14.09.2024).

Das hätte die Auszeichnung schon allein begründen können. Seine Regierung plant aber darüber hinaus ein Verbot der Nutzung von social media für Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren. Die Kinder verbringen sowohl in Deutschland wie auch in Italien den Großteil ihrer Freizeit Online. Was sie dort alles sehen und zum Teil ertragen müssen, ist kaum zu beschreiben. In Deutschland scheint der überwiegende Teil der Gesellschaft von einem Schaden für unseren Nachwuchs auszugehen und Handyverbote in Schulen werden wohl in allen Bundesländern kommen. Die Frage ist nur, ob die Entwicklung umkehrbar ist, oder ob der Mensch von der Technik nicht mehr zu trennen ist, so die Muskisten.

MONDO DIGITALE

Il diritto all'oblio è applicabile in Europa?

Sia in Germania che in Italia, ogni nuovo importante contatto commerciale viene prima "googlato". Se il motore di ricerca diffonde informazioni false, ciò può essere non solo disonorevole, ma anche fortemente dannoso per gli affari. Ai sensi dell'art. 17 del GDPR, l'interessato ha quindi il diritto di ottenere la cancellazione dei dati a determinate condizioni.

Nella sentenza del 4 luglio 2024 (15 U 60/23), la Corte di Appello di Colonia ha riconosciuto a un politico locale, sul quale sono apparse informazioni palesemente false e dannose fra i risultati del motore di ricerca, il diritto alla cancellazione contro Google. Tuttavia, l'importanza della sentenza non risiede nella decisione in sé, ma nel fatto che la Corte di Appello di Colonia ha considerato la società irlandese, che gestisce le attività europee di Google, come legittimata passiva. La convenuta Google Ireland si era precedentemente difesa sostenendo che avrebbe solo fornito l'accesso al motore di ricerca, mentre le decisioni sui relativi risultati di ricerca non sarebbero state prese da lei, ma dalla società Google negli Stati Uniti. L'attore avrebbe dovuto intentare una causa contro Google in California.

Tuttavia, in linea con la giurisprudenza della Corte federale di giustizia, la Corte di Appello di Colonia non ha lasciato dubbi sul fatto che la società irlandese Google, in quanto gestore del

motore di ricerca in Europa, è considerata il responsabile del trattamento ai sensi dell'art. 4 n. 7 del GDPR e deve quindi provvedere direttamente alla cancellazione.

Il 13 maggio 2014 la Corte di giustizia europea (C-131/12) aveva già dato ragione a un cittadino spagnolo contro Google, stabilendo la responsabilità del motore di ricerca per i suoi risultati di ricerca. In questo caso, tuttavia, Google stesso aveva intrapreso un'azione legale contro una decisione dell'autorità spagnola per la protezione dei dati. La questione se l'interessato, che voleva fare causa per la cancellazione dei dati ed eventualmente per il risarcimento dei danni, dovesse recarsi negli Stati Uniti per farlo non è stata sollevata davanti alla Corte di giustizia europea.

La redazione non è a conoscenza di una decisione simile da parte di un tribunale italiano e saremmo grati se ce ne venisse inviata una. La decisione dei giudici di Colonia non è ancora definitiva. Il Tribunale di prima istanza, il Tribunale di Colonia, aveva ritenuto la questione della responsabilità di Google Ireland a favore di Google.

Il caso è un buon esempio di come il diritto formale possa prevalere sul diritto sostanziale. Nessun consumatore medio o piccola impresa può permettersi di avviare una controversia civile negli Stati Uniti.

Il BGH condanna Facebook per lo scraping

Nell'aprile 2021, ignoti autori hanno pubblicato su Internet i dati di circa 533 milioni di utenti di Facebook in 106 Paesi. A causa di un bug nella funzione di "ricerca degli amici", i dati potevano essere "attinti" – in inglese "sraping".

Nella sua decisione del 18 novembre 2024 (VI ZR 10/24), la Corte federale di giustizia ha stabilito la responsabilità di Facebook per la perdita di controllo di questi dati e, in linea di principio, ha anche stabilito una richiesta di risarcimento dei danni immateriali per gli utenti. In linea con le tariffe tedesche estremamente basse rispetto al panorama internazionale, i giudici federali ipotizzano una richiesta media di 100,00 euro per la sola perdita di controllo. In Italia è ipotizzabile un importo maggiore se la responsabilità viene accertata nel merito.



Hai sempre tanti amici su Facebook ...

PAROLE INTRADUCIBILI – OGGI: L'ORIUNDO

Trump contro Albanese

Nel dizionario Langenscheidt Tedesco-Italiano, il sostantivo "oriundo" è sostituito dalla parola tedesca "Gebürtiger", che ricorre raramente nel vocabolario attivo. È più comune in relazione a un aggettivo che riflette la nazionalità, come "oriundo tedesco" = di origine tedesca. Trump, ad esempio, è un oriundo tedesco.

A livello internazionale, il termine sembra riferirsi in particolare agli emigranti italiani. La voce di Wikipedia, disponibile solo in inglese, comprende un elenco di oriundi italiani nel calcio mondiale.

In Italia, gli oriundi sono oggetto di molti discorsi domenicali; la diaspora italiana nel mondo dovrebbe promuovere la cultura italiana e quindi i prodotti italiani.

Chi è ancora in possesso del passaporto italiano può votare alle elezioni politiche italiane nelle circoscrizioni estere. Il fatto che lo Stato italiano non sia stato in grado di utilizzare questo capitale (tra il 1861 e il 1985, 30 milioni di italiani hanno lasciato il loro Paese) è un triste capitolo della nostra storia.

L'oriundo dell'anno

Poiché gli oriundi sono attivi anche al Dolce Lauda, la redazione ha deciso di introdurre un premio corredato da un certificato, che può essere solo trasmesso via posta al vincitore - a causa della notevole distanza.



Anthony (Antonio) Albanese

Il premio 2024 va ad Anthony (Antonio) Albanese, primo ministro australiano. Il suo governo sta progettando una legge contro le fake news, che intende combattere la diffusione di informazioni false con sanzioni severe nei confronti delle piattaforme online. Elon Musk ha risposto definendo Albanese un "fascista". Il nostro premiato gli ha fatto notare la responsabilità sociale delle piattaforme e gli ha detto: "Se il signor Musk non lo capisce, questo dice più di lui che del mio governo". (Fonte "Die Zeit" del 14.09.2024).

Già questo avrebbe potuto giustificare il premio. Tuttavia, il suo governo sta anche progettando di vietare l'uso dei social media ai bambini e ai giovani di età inferiore ai 16 anni. Sia in Germania che in Italia i bambini trascorrono la maggior parte del loro tempo libero online. È difficile descrivere ciò che vedono e talvolta devono sopportare. In Germania, la maggior parte della società sembra ritenere che i nostri figli siano danneggiati e il divieto di utilizzo dei telefoni cellulari nelle scuole sarà probabilmente introdotto in tutti gli Stati federali. L'unica domanda da porsi è se questo sviluppo possa essere invertito o se le persone non possano più essere separate dalla tecnologia, secondo i muskisti.

INFORMATIONEN FÜR KOLLEGEN

Neues Gesetz zur Videoverhandlung – Grenzüberschreitende Videoverhandlungen

Am 19.7.2024 ist das „Gesetz zur Förderung des Einsatzes von Videokonferenztechnik in der Zivilgerichtsbarkeit und den Fachgerichtsbarkeiten“ in Kraft getreten. Leider haben sich die reformunwilligen Kräfte im Justizbetrieb durchgesetzt und es wird zunächst alles beim Alten bleiben. Die neue Vorschrift (§ 128 a Abs. 1 Satz 1 ZPO) lautet: „Die mündliche Verhandlung kann in geeigneten Fällen und soweit ausreichende Kapazitäten zur Verfügung stehen als Videohandlung stattfinden.“ Für diese freundliche Absichtserklärung hätte es keines Gesetzes bedurft.

Auf europäischer Ebene gibt es hingegen etwas Erfreuliches. Wir zitieren im Folgenden aus der Newsletter des Bundesamtes für Justiz vom 1.10.2024:

Ab dem 1. Oktober 2024 gelten neue Regelungen für grenzüberschreitende Videoverhandlungen in Zivilprozessen. Deutsche Gerichte haben nunmehr innerhalb der Europäischen Union die Möglichkeit, Parteien und ihre Vertreterinnen und Vertreter per Videokonferenz zur Gerichtsverhandlung zuzuschalten und anzuhören oder Vergleichsverhandlungen mit ihnen zu führen, ohne dass es dafür eines Rechtshilfeersuchens bedarf. Rechtsanwältinnen und -anwälte werden ihre Anträge künftig auch in einer grenzüberschreitenden Videoverhandlung bei Gericht stellen können. Ermöglicht wird dies durch eine neue Regelung in der EU-Digitalisierungsverordnung.

Zeithonorar auch gegenüber Verbraucher zulässig

Die EuGH-Entscheidung vom 12.01.2023 (C-395/21) hat bei der deutschen Rechtsanwaltschaft für erhebliche Unsicherheit gesorgt, ob Zeithonorarklauseln gegenüber Verbrauchern überhaupt nur noch unter strengen Vorgaben zulässig seien, die in der Praxis kaum eingehalten werden könnten. Der BGH hat für Erleichterung gesorgt, indem es mit Urteil vom 12.9.2024 (IX ZR 65/23) festgestellt hat, dass eine Zeithonorarabrede auch dann wirksam sei, wenn der Rechtsanwalt die Mandanten vor Vertragsabschluss die Größenordnung noch nicht mitgeteilt und er sich auch nicht gegenüber dem Mandanten verpflichtet hatte, während des laufenden Mandats Zwischenabrechnungen zu stellen.

Gerichtsverhandlungen in englischer Sprache

Seit bald zehn Jahren berichtet der Mandantenbrief regelmäßig über Gesetzesvorhaben, die zu Gerichtsverhandlungen in Deutschland in englischer Sprache führen sollen. Der Deutsche Bundestag hat endlich am 4. Juli 2024 das sogenannte Justizstandort-Stärkungsgesetz verabschiedet, das den Ländern 2025 erlauben soll, Commercial Courts an Oberlandesgerichten und Commercial Chambers an Landgerichten einzurichten. Italieni-

sche Unternehmen, die in Deutschland klagen, könnten dann damit vermeiden, der deutschen Sprache ausgeliefert zu sein. Die Streitwertschwelle wird 1.000.000,00 Euro betragen. Das Gerichtsverfassungsgesetz und die Zivilprozessordnung wurden entsprechend angepasst.

Google-Bewertung "Rechtsanwalt nicht besonders fähig"

Die Rache des Mandanten für ein ungünstiges Prozessergebnis – unabhängig davon, ob der Rechtsanwalt hierfür verantwortlich war – erfolgt in vielen Fällen in der anschließenden Google Bewertung. Bei dem jetzt vom OLG Bamberg entschiedenen Fall (14.06.2024, 6 U 17/24e), kam es gar nicht zum Prozess, da der Mandant den nötigen Vorschuss nicht einzahlte. Dennoch erhielt der Rechtsanwalt die Bewertung „nicht besonders fähig“.

Der Kollege hielt dies – durchaus nachvollziehbar – für eine unsachliche Schmähkritik mit beleidigendem Charakter. Leider waren die OLG-Richter anderer Meinung und hielten die Bewertung von der Meinungsfreiheit gedeckt.

Landgericht Venedig: Keine Terminverlegung bei hochschwangerer Verteidigerin

Einige Entscheidungen bieten durchaus Anlass, auf grundsätzliche Unterschiede zwischen den beiden Justizsystemen hinzuweisen. Ein Richter des Landgerichts Venedig wies den Verlegungsantrag einer Rechtsanwältin, die kurz vor der Entbindung stand und aus Genua (!) hätte anreisen müssen, zurück (Quelle: Corriere del Veneto vom 13.11.2024).

Der Fall stellt sicher ein Einzelfall dar und ist für deutsche Kollegen kaum vorstellbar. Ein Grund liegt aber sicher darin, dass das Verhältnis zwischen Richter und Rechtsanwälten in Italien wesentlich gespannter ist als in Deutschland. Anders als in Deutschland, handelt es sich um konkurrierende Berufe mit einer getrennten Berufsausbildung. Während man sich in Deutschland in der Regel kollegial begegnet und beispielsweise keine Hemmungen hat, bei organisatorischen Fragen miteinander zu telefonieren, strahlt der italienische Richter eine Aura der Unnahbarkeit aus.

BGH: Keine Gnade bei Zahnschmerzen des Rechtsanwaltes

Auch die Geduld der deutschen Richter ist begrenzt. Ein Rechtsanwalt erschien nicht bei Gericht, sodass Versäumnisurteil (sogar ein zweites Versäumnisurteil) verkündet wurde. Der Rechtsanwalt legte Berufung mit der Begründung ein, er hätte an dem Terminstag so an starken Zahnschmerzen gelitten, dass er mit dem Taxi zum Krankenwagen hätte fahren müssen. Die Bundesrichter sind der Auffassung, dass wer ein Taxi anrufen, auch das Gericht verständigen kann. Man hätte so

den Termin durchaus verlegt – jetzt ist es zu spät (BGH vom 23.10.2024, V ZB 50/23).

Tod dem Schriftsatz!

Die Digitalisierung der Rechtsstreite hat die Art und Weise der Interaktion zwischen Parteien und Gericht kaum verändert. Längere Verfahren verursachen eine Vielzahl von Schriftsätzen mit rezipierten Bezugnahmen, die für die Prozessbeteiligten umständlich zu erstellen und schwierig nachzuvollziehen sind. Wie schön wäre es, wenn die das Gericht und die Parteien mit einem Basisdokument arbeiten könnte, anstatt Schriftsätze auszutauschen. Die Universität Regensburg hat gemeinsam mit den Justizministerien Bayern und Niedersachsen ein „Reallabor“ an vier Landgerichten gestartet. Weitere Informationen unter www.parteivortrag.de



Völlig legales Foto

RECHT UND KUNST

Keine Panoramafreiheit für Drohnenbilder

Eine interessante Einschränkung des Urheberrechts ist die sogenannte „Panoramafreiheit“. Steht ein Kunstwerk in einem öffentlichen Raum, kann ein Pärchen ohne das Risiko, Lizenzen dafür zahlen zu müssen, sich davor ablichten. Das Urheberrecht erlischt erst 70 Jahre nach dem Tod des Künstlers. Ohne Panoramafreiheit würde auf vielen Plätzen Europas ein Fotografieverbot herrschen.

Der BGH hat in einer Entscheidung vom 23.10.2024 (I ZR 67/23) klargestellt, dass die Panoramafreiheit nur für Werke, die sich bleibend an öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen befinden und die für die Allgemeinheit zugänglich sind, beispielsweise vom Bürgersteig aus, gilt. Aufnahmen von Drohnen gehören nicht dazu. Daher hat es einen Buchverlag zum Schadensersatz für Fotos von Kunstinstallationen verurteilt, die aus der Luft mit Drohnen geschossen wurden.

Vorsicht also bei einem allzu unbeschwertem Umgang, insbesondere, wenn man auch für jüngere Familienmitglieder haftet!

INFORMAZIONI PER COLLEGHI

Nuova legge sulla udienza in videoconferenza – Udienze transfrontaliere

Il 19 luglio 2024 è entrata in vigore la "Legge per la promozione dell'uso della tecnologia di videoconferenza nei tribunali civili e nei tribunali specializzati". Purtroppo, le forze del sistema giudiziario che non sono disposte a riformarsi hanno prevalso e per il momento tutto rimarrà in pratica invariato. La nuova disposizione (Sezione 128 a (1) frase 1 ZPO) recita: "L'udienza orale può svolgersi come udienza video nei casi appropriati e nella misura in cui sia disponibile una capacità sufficiente". Questa amichevole dichiarazione di intenti non avrebbe richiesto una legge.

A livello europeo, tuttavia, c'è qualcosa di incoraggiante. Riportiamo di seguito un estratto della newsletter dell'Ufficio federale di giustizia del 1° ottobre 2024:

"Dal 1° ottobre 2024 si applicheranno nuove norme alle udienze video transfrontaliere nei procedimenti civili. I tribunali tedeschi all'interno dell'Unione Europea potranno ora collegare le parti e i loro rappresentanti alle udienze in tribunale tramite videoconferenza e ascoltarli o condurre con loro trattative di conciliazione senza la necessità di una richiesta di assistenza legale. In futuro, anche gli avvocati potranno presentare le loro domande al tribunale in un'udienza video transfrontaliera. Ciò è reso possibile da una nuova disposizione del Regolamento UE sulla digitalizzazione."

Per i consumatori è ammessa anche una tariffa basata sul tempo

La sentenza della Corte di Giustizia europea del 12 gennaio 2023 (C-395/21) ha causato una notevole incertezza tra gli avvocati tedeschi in merito al fatto che le clausole di onorario a tempo nei confronti dei consumatori sono ammissibili solo in presenza di condizioni rigorose che difficilmente possono essere soddisfatte nella pratica. La Corte federale di giustizia ha fornito un sollievo, stabilendo il 12 settembre 2024 (IX ZR 65/23) che un accordo di onorario a tempo è valido anche se l'avvocato non ha ancora informato il cliente dell'importo complessivo prima della stipula del contratto e non si è impegnato con il cliente a fornire fatture intermedie durante il mandato in corso.

Udienze in tribunale in lingua inglese

Da quasi dieci anni, la Lettera ai clienti riferisce regolarmente sulle proposte di legge che porterebbero a tenere le udienze in Germania in lingua inglese. Il 4 luglio 2024, il Bundestag tedesco ha finalmente approvato la cosiddetta legge sul rafforzamento della sede della giustizia, che dovrebbe consentire agli Stati federali di istituire Commercial Courts presso Corti di Appello e tribunali nel 2025. Le imprese italiane che intentano cause in Germania potrebbero così evitare di essere alla mercé della lingua tedesca. La soglia per l'importo della controversia sarà di 1.000.000,00 euro. Le leggi sulla costitu-

zione dei tribunali e il codice di procedura civile sono state modificate di conseguenza.

Valutazione di Google "Avvocato non particolarmente capace"

In molti casi, il cliente si vendica di un risultato processuale sfavorevole - indipendentemente dal fatto che l'avvocato ne sia responsabile - nella successiva valutazione fatta su Google. Nel caso ora deciso dalla Corte d'Appello di Bamberg (14 giugno 2024, 6 U 17/24e), non si era neppure giunti alla trattazione della causa perché il cliente non aveva versato il necessario anticipo. Ciononostante, l'avvocato aveva ricevuto la valutazione "non particolarmente capace".

Il collega ha ritenuto che si trattasse - comprensibilmente - di una critica non obiettiva e di natura offensiva. Purtroppo, i giudici della Corte d'Appello non sono stati d'accordo e hanno ritenuto che la valutazione fosse coperta dalla libertà di espressione.

Tribunale di Venezia: nessun rinvio per l'avvocato difensore in avanzato stato di gravidanza

Alcune decisioni offrono certamente l'opportunità di evidenziare differenze fondamentali tra i due sistemi giudiziari. Un giudice del Tribunale di Venezia ha respinto la richiesta di rinvio di un'avvocata che stava per partorire e avrebbe dovuto spostarsi da Genova (!) a Venezia (fonte: Corriere del Veneto, 13/11/2024).



Il caso è certamente particolare e difficilmente immaginabile per i colleghi tedeschi. Tuttavia, uno dei motivi è certamente che il rapporto tra giudici e avvocati in Italia è molto più teso che in Germania. A differenza della Germania, si tratta di professioni concorrenti con una formazione professionale separata. Mentre in Germania ci si tratta generalmente come colleghi e non si ha alcuna inibizione a parlare al telefono di questioni organizzative, ad esempio, i giudici italiani emanano un'aura di distacco.

BGH: nessuna pietà per il mal di denti di un avvocato

Ma anche la pazienza dei giudici tedeschi è limitata. Un avvocato non si è presentato in tribunale, per cui è stata pronunciata una sentenza di contumacia (addirittura una seconda sentenza di contumacia). L'avvocato ha presentato ricorso sostenen-

do che il giorno dell'udienza soffriva di un mal di denti così forte che avrebbe dovuto prendere un taxi per andare in ambulanza. I giudici federali ritengono che chiunque chiami un taxi possa informare anche il tribunale. L'udienza poteva essere rinviata - ora è troppo tardi (BGH del 23 ottobre 2024, V ZB 50/23).



Atto moribondo / Sterbender Schriftsatz

Morte alla memoria!

La digitalizzazione delle controversie legali non ha cambiato di molto il modo in cui le parti e il tribunale interagiscono. I procedimenti più lunghi si traducono in un gran numero di memorie con rinvii reciproci, che sono pesanti da redigere per le parti e difficili da seguire. Sarebbe bello se il tribunale e le parti potessero lavorare con un documento di base invece di scambiarsi memorie. In collaborazione con i Ministeri della Giustizia della Baviera e della Bassa Sassonia, l'Università di Regensburg ha avviato un "laboratorio reale" presso quattro tribunali regionali. Ulteriori informazioni su www.partheivortrag.de

DIRITTO E ARTE

Nessuna libertà di panorama per le immagini da drone

Un'interessante restrizione della legge sul diritto d'autore è la cosiddetta "libertà di panorama". Se un'opera d'arte si trova in uno spazio pubblico, una coppia può fotografarsi davanti ad essa senza il rischio di dover pagare licenze. Il copyright scade solo 70 anni dopo la morte dell'artista. Senza la libertà di panorama, la fotografia sarebbe vietata in molti luoghi d'Europa.

In una sentenza del 23 ottobre 2024 (I ZR 67/23), la Corte suprema federale (BGH) ha chiarito che la libertà di panorama si applica solo alle opere che si trovano in modo permanente su sentieri, strade o piazze pubbliche e che sono accessibili al pubblico, ad esempio dal marciapiede. Ciò non include le immagini scattate da droni. Per questo motivo, una casa editrice è stata condannata a risarcimento danni per foto di installazioni artistiche scattate dall'alto con droni.

Fate quindi attenzione a comportamenti troppo spensierati, soprattutto se siete responsabili anche dei familiari più giovani!

IMMOBILIENSEITE

Neuerungen bei Kaufverträgen von Immobilien

Mit dem Arbeitsdekret (ddl Lavoro), für das der Senat noch grünes Licht geben muss, wird die Verpflichtung für Käufer und Verkäufer aufgehoben, die an Immobilienmakler gezahlten Provisionen in den Immobilienkaufvertrag für die Wohnung aufzunehmen.

Das 2006 vom damaligen Minister für wirtschaftliche Entwicklung, Pierluigi Bersani, erlassene Gesetzesdekret Nr. 223 wird damit geändert. Die Verordnung, die derzeit noch in Kraft ist, sieht vor, dass im Kaufvertrag einer Immobilie „jede Partei verpflichtet ist, anzugeben, ob sie einen Vermittler“, d.h. einen Makler, eingeschaltet hat, „die Identifikationsdaten des Eigentümers“, d.h. die Steuernummer oder die Umsatzsteuer-Identifikationsnummer, sowie „die Höhe der für diese Tätigkeit angefallenen Kosten und die analytischen Zahlungsmodalitäten für diese“ mitzuteilen. Mit diesem Verfahren sollte sichergestellt werden, dass jeder Schritt des Kaufs und Verkaufs klar, transparent und vor allem lückenlos erfolgt. Darüber hinaus war diese Angabe auch notwendig, um dem Käufer einen Steuerabzug von 19 % der Ausgaben bis zu einem Höchstbetrag von 1.000 Euro zu ermöglichen.

Da die vom Makler mit Verkäufer und Käufer vereinbarten Courtagebeträge, die im Gegensatz zur Situation in Deutschland oft nicht eindeutig sind, völlig frei ausgehandelt werden, macht es keinen Sinn, der anderen Partei mitzuteilen, wie viel vereinbart wurde, was auch zu unangenehmen Situationen führen kann.

Die Abschaffung der Verpflichtung zur Offenlegung der Provisionen, die ursprünglich zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung gedacht war, soll daher die Privatsphäre und die Vertraulichkeit in Bezug auf die wirtschaftlichen Aspekte der Vermittlungsdienste schützen, aber auch die freie Verhandlung zwischen Bürger und Fachmann gewährleisten.

Die Vereinfachungen des "Salva Casa"-Erlasses

Mit dem Dekret „Salva Casa“ (Dekret Nr. 69/2024) beschloss die Regierung, die Vereinfachung der Bauverfahren zu beschleunigen und führte eine wichtige Neuerung ein: die Anpassung der bürokratischen Modelle für Cila (Comunicazione di inizio lavori asseverata/Anzeige des Beginns der Arbeiten), Scia (Segnalazione certificata di inizio attività/Bescheinigung über den Beginn der Tätigkeit) und Pdc (permessi di costruire/Baugenehmigungen). Mit dem Ziel, die bürokratischen Verfahren zu vereinfachen und zu vereinheitlichen.

Ziel ist es, bis Dezember 2024 ein neues, vereinfachtes und einheitliches Formularwesen für das ganze Land vorzulegen, um zu verhindern, dass jede Gemeinde und Region unterschiedliche Vorschriften anwendet, was Bau- und Renovierungsprojekte effektiv verlangsamt.

Die Regierung beabsichtigt außerdem, einen neuen Testo Unico delle Costruzioni (Baueinheitskodex) herauszugeben, um die Zersplitterung der Rechtsvorschriften zu überwinden, die bisher die Anwendung der Bauvorschriften in Italien erschwert hat.

Superbonus und Änderung der Katasterrendite

Jeder, der Bauarbeiten durchführt, die eine Änderung des Grundrisses der Immobilie zur Folge haben, ist verpflichtet, die Änderung der Katasterrendite zu melden. Zusätzlich zu diesen Arbeiten müssen auch Arbeiten gemeldet werden, deren Kosten die Katasterrendite um mindestens 15 % erhöhen.

Die Aufforderung zur Aktualisierung der Katasterrendite ist nicht neu. Sie besteht seit 1939 und muss innerhalb von 30 Tagen nach Abschluss der Arbeiten durch einen qualifizierten Fachmann unter Verwendung der Docfa-Software eingereicht werden. Wird die Aktualisierung nicht vorgenommen, können Strafen verhängt werden und es kann zu rückwirkenden Steueranpassungen kommen.

Viele Maßnahmen, die im Rahmen des Superbonus durchgeführt werden, wie z. B. die Wärmedämmung oder der Austausch des Heizkessels, verändern den Grundriss der Immobilie nicht und sollten theoretisch keine Katasteränderung erfordern. Das Haushaltsgesetz 2024 verlangt jedoch weiterhin eine Mitteilung. Dies führt zu Unsicherheiten bei den Eigentümern, die nicht immer wissen, wann ein Eingriff zu einer Ertragssteigerung von mehr als 15 % führen kann. Es ist daher zu erwarten, dass das Finanzamt Briefe verschicken wird, um auf die Einhaltung der Vorschriften zu drängen.

Superbonus für Immobilien mit Baumängeln verweigert

Das Verwaltungsgericht der Region Kampanien hat in seinem Urteil Nr. 5934 vom 5. November 2023 klargestellt, dass das Fehlen der Verpflichtung, den rechtmäßigen Zustand beim CILAS zu bescheinigen, nicht bedeutet, dass bauliche Missstände ignoriert werden können. Das Urteil bekräftigt, dass die städtebauliche Ordnungsmäßigkeit eine wesentliche Voraussetzung für die Inanspruchnahme des Superbonus ist. Baumängel können nicht ignoriert werden, selbst wenn die zertifizierte Anzeige über den Beginn der Arbeiten Superbonus gestellt wurde.



Gut erhaltene Immobilie in begehrter Lage

ERBRECHT

Nachlass Papst Benedikt XVI: Keine Zuständigkeit der deutschen Gerichte

Ein früherer Ministrant aus einem bayerischen Ort (Garching an der Alz) wirft seinem ehemaligen Gemeindepfarrer vor, ihn Mitte der Neunzigerjahre sexuell missbraucht zu haben. Da der Pfarrer schon zuvor eine einschlägige strafrechtliche Verurteilung hatte, hält der Kläger nicht nur den Pfarrer selbst, sondern auch die Kirchenleitung dafür verantwortlich, die den offensichtlich gefährlichen Täter nach Garching versetzt hatte. Verklagt wurde also auch der damalige Münchner Erzbischof Joseph Ratzinger, der spätere Papst Benedikt XVI.

Um nach dem Tod des Papstes das Verfahren fortzusetzen, beantragte der Kläger bei dem Amtsgericht München eine Nachlasspflegschaft zur Ermittlung seiner Erben. Das Amtsgericht hielt sich international nicht zuständig, da der Verstorbene seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Zeitpunkt seines Todes und durchgehend seit 2005 in der Vatikanstadt, einem unabhängigen Staat, hatte (s. Art. 4 EuErbVO). Vermögen sei in Deutschland auch keines vorhanden, da der ehemalige Papst alles in eine Stiftung eingebracht hatte.

Das Gericht prüfte auch eine Notzuständigkeit nach Art. 11 EuErbVO und lehnte eine solche ab, da es dem Kläger zumutbar wäre, in der Vatikanstadt ein Verfahren zur Erbenermittlung einzuleiten. Zwar sei der Zwergstaat eine absolute Monarchie ohne

Gewaltenteilung, es würden dort aber vier unabhängige Gerichte existieren (Quelle: NJW Spezial, 455/2024, SZ vom 19.06.2023).

Zweisprachiges Personal Arbeitnehmerüberlassung

dlw

Tel.: 0049 · 69 · 1310666
info@dlwfrankfurt.de

PAGINA IMMOBILIARE

Novità in arrivo per i rogiti di compravendita immobiliare

Il ddl Lavoro, in attesa del via libera del Senato, elimina l'obbligo per acquirenti e venditori di inserire le provvigioni versate agli agenti immobiliari all'interno dell'atto di cessione dell'abitazione.

Non è più previsto l'obbligo di inserire gli importi delle provvigioni pagate agli agenti nelle trattative di compravendita immobiliare.

Viene così modificato il decreto legge n. 223 varato nel 2006 dall'allora ministro dello Sviluppo economico, Pierluigi Bersani. La norma, attualmente ancora in vigore, prevede che nell'atto di cessione di un immobile "ciascuna delle parti ha l'obbligo di dichiarare se si è avvalsa di un mediatore", cioè un agente, "di fornire i dati identificativi del titolare", tramite codice fiscale o partita iva, e "l'ammontare della spesa sostenuta per tale attività e le analitiche modalità di pagamento della stessa". Questo processo era stato concepito per garantire che ogni passaggio nella compravendita avvenisse in modo chiaro, trasparente e, soprattutto, senza omissioni. Inoltre tale indicazione era necessaria anche per consentire all'acquirente di usufruire di una detrazione fiscale del 19% sulla spesa fino a un massimo di 1.000 euro.

Dal momento che sugli importi di mediazione concordati dall'agente con parte venditrice e parte acquirente, spesso non univoci contrariamente a quanto avviene in Germania, c'è una trattativa totalmente libera, non ha senso far conoscere alla controparte quanto è stato pattuito, creando situazioni perlomeno sgradevoli.

Quindi l'abolizione dell'obbligo di indicare le provvigioni, che inizialmente era stato pensato per contrastare l'evasione fiscale, ha lo scopo di tutelare la privacy e la riservatezza riguardo gli aspetti economici della prestazione di mediazione, ma anche di

salvaguardare la libera trattativa tra cittadino e professionista.

Le semplificazioni del decreto Salva casa

Con il decreto "Salva Casa" (DI n. 69/2024) il Governo ha deciso di accelerare sulla semplificazione delle procedure edilizie, introducendo un'importante novità: l'adeguamento dei modelli burocratici utilizzati per Cila (Comunicazione di inizio lavori asseverata), Scia (Segnalazione certificata di inizio attività) e Pdc (permessi di costruire). Questo con l'obiettivo di semplificare e uniformare le pratiche burocratiche.

L'obiettivo è quello di presentare entro dicembre 2024 una nuova modulistica semplificata e unificata su tutto il territorio nazionale, evitando che ogni Comune e Regione applichi regole diverse, rallentando di fatto i progetti di costruzione e ristrutturazione.

Intenzione del Governo è anche quella di emanare un nuovo Testo Unico delle Costruzioni, con l'obiettivo di superare la frammentazione normativa che ha finora reso complicata l'applicazione delle regole edilizie in Italia.

Superbonus e variazione delle rendite catastali

Chi effettua lavori che comportano una variazione della pianta dell'immobile è tenuto a comunicare la variazione della rendita catastale. Oltre a questi interventi, esiste l'obbligo di comunicazione anche per quei lavori il cui costo aumenta la rendita catastale di almeno il 15%.

La richiesta di aggiornamento della rendita catastale non è una novità. Esiste dal 1939 e va presentata tramite un professionista abilitato, utiliz-

zando il software Docfa, entro 30 giorni dalla conclusione dei lavori. Il mancato aggiornamento può comportare sanzioni, oltre a possibili adeguamenti fiscali retroattivi.

Molti interventi realizzati tramite il Superbonus, come il cappotto termico o la sostituzione della caldaia, non modificano la pianta dell'immobile e, in teoria, non dovrebbero richiedere una variazione catastale. Tuttavia, la Legge di Bilancio 2024 impone comunque la comunicazione. Questo crea incertezze per i proprietari, che non sempre sanno quando un intervento possa causare un aumento della rendita superiore al 15%. È prevedibile, quindi, che il Fisco invii lettere di compliance per sollecitare l'adeguamento.



Save the House

Superbonus negato per immobili con abusi edilizi

Il Tar Campania, con la sentenza n. 5934 del 5 novembre 2023, ha chiarito che la mancanza dell'obbligo di attestare lo stato legittimo con la CILAS non significa che gli abusi edilizi possano essere ignorati. La sentenza ribadisce che la regolarità urbanistica è un requisito essenziale per accedere al Superbonus. Gli abusi edilizi non possono essere ignorati anche in presenza della comunicazione di inizio lavori asseverata superbonus.

DIRITTO SUCCESSORIO

Il lascito di Papa Benedetto XVI: nessuna giurisdizione dei tribunali tedeschi

Un ex chierichetto di una cittadina bavarese (Garching an der Alz) accusa il suo ex parroco di aver abusato sessualmente di lui a metà degli anni Novanta. Poiché il sacerdote aveva già una precedente condanna penale, l'attore ritiene responsabile non solo il sacerdote stesso, ma anche la dirigenza della chiesa, che aveva trasferito a Garching il reo evidentemente pericoloso. È stato citato in giudizio anche l'allora arcivescovo di Monaco, Joseph Ratzinger, poi divenuto Papa Benedetto XVI.

Per continuare il procedimento dopo la morte del Papa, l'attore ha chiesto alla Pretura di Monaco di Baviera una tutela dell'eredità per accertare gli eredi. La Corte di Appello ha ritenuto non sussistente la giurisdizione internazionale dei giudici tedeschi, in quanto il defunto aveva la ultima residenza abituale nella Città del Vaticano, uno Stato indipendente, al momento della morte e ininterrottamente dal 2005 (cfr. art. 4 del Regolamento sulle successioni). Inoltre, non vi erano beni in Germania, poiché l'ex Papa aveva trasferito tutto a una fondazione.

Il tribunale ha anche esaminato la giurisdizione del forum necessitatis ai sensi dell'art. 11 del Regolamento delle successioni dell'UE e ha respinto tale

giurisdizione, in quanto sarebbe stato ragionevole per il ricorrente avviare un procedimento nella Città del Vaticano per accertare gli eredi. Il piccolo Stato sarebbe una monarchia assoluta senza separazione dei poteri, ma lì vi sarebbero quattro tribunali indipendenti (fonte: NJW Spezial, 455/2024, SZ del 19 giugno 2023).



GESELLSCHAFTSRECHT

Sitzverlegung von Gesellschaften außerhalb der EU nach Deutschland oder Italien

Innerhalb der EU gilt Niederlassungsfreiheit auch für Gesellschaften und diese können identitätswahrend (also ohne Liquidation und Neugründung) von einem EU-Mitgliedstaat in ein anderes umziehen, wobei die jeweiligen nationalen Vorschriften zu beachten sind (in Deutschland § 334 S.1 Umwandlungsgesetz). Diese Möglichkeit wird für eine Schweizer Gesellschaft - und damit auch für andere Gesellschaften außerhalb der EU - eröffnet, wenn sie den Umweg über Luxemburg wählt.

Das Registergericht Mannheim hatte die Eintragung einer ehemals Schweizer Gesellschaft, die in Luxemburg zu einer S.a.r.L. mutierte, ins Deutsche Handelsregister verwehrt mit der Begründung, dass sie ursprünglich in der Schweiz und damit nicht in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union gegründet worden sei. Das Oberlandesgericht Karlsruhe schließt sich aber erfreulicherweise der Auffassung an, dass selbst „Durchgangsgesellschaften“ als in der EU gegründet gelten und daher in Deutschland einzutragen seien (OLG Karlsruhe vom 24.04.2024, 1 W 40/23 Wx).

Hintergrund des doppelten Umzugs ist, dass in Luxemburg der Zuzug von Gesellschaften aus Staaten, die weder zur EU noch zum europäischen Wirtschaftsraum gehören, gestattet ist.

GmbH-Haftung des ausgeschiedenen Geschäftsführers wegen Verletzung der Insolvenzantragspflicht

Der Bundesgerichtshof hat mit Urteil vom 24.07.2024 (II ZR 206/22) entschieden, dass ein aus-

geschiedener Geschäftsführer gemäß § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 15a InsO grundsätzlich auch für Schäden von Neugläubigern haften kann, die erst nach seinem Ausscheiden in vertragliche Beziehungen zur insolventen Gesellschaft getreten sind. Voraussetzung hierfür ist, dass die mit der Insolvenzsverschleppung verbundene Gefährdungslage im Zeitpunkt des Schadenseintritts noch fortbestand.

Der Bundesgerichtshof hatte das Urteil des Oberlandesgerichts aufgehoben und bestätigt, dass die Haftung eines ausgeschiedenen Geschäftsführers wegen Insolvenzsverschleppung nicht auf Schäden beschränkt ist, die vor seinem Ausscheiden entstanden sind. Vielmehr haften der ausgeschiedene Geschäftsführer gemäß § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 15a InsO grundsätzlich auch gegenüber Gläubigern, die erst nach seinem Ausscheiden in vertragliche Beziehungen zur Gesellschaft getreten sind, soweit die durch die unterlassene Insolvenzantragstellung geschaffene Gefahrenlage fortbesteht.

Mit der Beendigung der Organstellung entfallen zwar die organschaftlichen Pflichten des Geschäftsführers und damit auch seine Insolvenzantragspflicht nach § 15a Abs. 1 InsO, dies führt jedoch nicht zu einer nachträglichen Heilung bereits begangener Antragspflichtverletzungen. Der BGH hatte entschieden, dass die Verletzung der Insolvenzantragspflicht durch einen ausgeschiedenen Geschäftsführer für spätere Vertragsabschlüsse der Gesellschaft noch mitursächlich war, da diese Verträge im Falle der Insolvenzantragstellung nicht zustande gekommen wären.

Auch ein abberufener Geschäftsführer trägt nunmehr das Risiko, für Schäden eintreten zu müssen, die erst nach seiner Abberufung entstanden sind, wenn er zuvor die Insolvenzantragspflicht verletzt hat.

Italien: Einberufung der Gesellschafterversammlung einer S.r.l. durch die Gesellschafter und Anfechtung des Beschlusses durch die Geschäftsführung

Mit Urteil vom 9. April 2024 (AZ: 6041/2022) hat das Landgericht Turin bestätigt, dass ein Gesellschafter einer italienischen GmbH, der ein Drittel des Stammkapitals hält, das Recht hat, eine Gesellschafterversammlung einzuberufen. Dieses Recht ergibt sich aus Art. 2479 des Zivilgesetzbuches, der vorsieht, dass der Gesellschafter einer GmbH, der einen Anteil von mindestens einem Drittel des Gesellschaftskapitals hält, der Gesellschafterversammlung eigene Anträge zur Genehmigung vorlegen kann. Dieses Befugnis wäre völlig entbehrlich, wenn der Gesellschafter angesichts der Untätigkeit des GmbH-Geschäftsführers nicht unmittelbar die Einberufung der Gesellschafterversammlung veranlassen könnte. Die Befugnis des Gesellschafters zur Einberufung der Gesellschafterversammlung steht natürlich in Konkurrenz zur Einberufungsbefugnis des Geschäftsführers und kann grundsätzlich nur subsidiär ausgeübt werden.

Wichtiger Hinweis: Anders als in Deutschland sind die Geschäftsführer einer GmbH als zur Teilnahme an der Gesellschafterversammlung verpflichtete Personen berechtigt, den Beschluss der Gesellschafterversammlung bei Vorliegen von Unwirksamkeitsgründen anzufechten. Daher ist auch im Falle einer Universalversammlung besondere Vorsicht geboten: Sind die Geschäftsführer nicht anwesend und/oder haben sie nach Benachrichtigung nicht zugestimmt (informierte Zustimmung), kann der Beschluss der Gesellschafterversammlung durch das Verwaltungsorgan selbst angefochten werden.

GRUNDRECHTE IM DEUTSCH-ITALIENISCHEN VERGLEICH AUF YOUTUBE

Die Universitäten Köln und Florenz haben einen deutsch-italienischen Studiengang für Rechtswissenschaften eingerichtet; er beginnt mit vier Semestern in Florenz und wird dann im dritten und vierten Studienjahr in Köln weitergeführt. Die Studierenden können sowohl einen italienischen wie auch einen deutschen Abschluss erhalten und der gesamte Studiengang ist bikulturell und bilingual ausgerichtet.

Die deutsch-italienischen Studierenden sind zu Recht stolz auf ihre interkulturelle Ausbildung und haben einen Verein gegründet: „Deutsch-italienische Rechtswissenschaftler e.V.“ (=DIReV), der u.a. mit Rechtsanwaltskanzleien kooperiert, so auch mit Dolce Lauda.

Unter dem Titel „Incontri intergenerazionali“ dreht DIReV mit der Beteiligung von Dolce Lauda an Orten, die für die Grundrechte von Bedeutung sind, kurze Filme, in denen sich junge Juristen (DIReV) mit älteren

(DL) über ihren Bezug zu den entsprechenden Artikeln der Verfassung unterhalten und im positiven Sinne streiten. Dabei kommt der rechtsvergleichende Aspekt zwischen der deutschen und der italienischen Verfassung nicht zu kurz.

In Frankfurt wurde über Art. 1 GG und Art 1 der italienischen Verfassung berichtet und nicht nur an der Paulskirche gedreht – das war sehr naheliegend –, sondern auch an der Brücke über dem Main, wo der Text von Art. 1 GG., nachdem er von dem Gebäude der Staatsanwaltschaft abgeschraubt wurde, im Main gelandet war.

In Köln wurde über die Meinungsfreiheit debattiert und Karneval, als Ventil für Satire und Kritik im Obrigkeitsstaat, gefeiert und besprochen.

In Bonn steht jetzt das Thema Versammlungsfreiheit an: Mit Zeitzeugen, die an der größten Demon-

stration in der Bundesrepublik 1982 teilnahmen (300.000 Demonstranten für den Frieden), darunter auch das betagteste Mitglied der Mandantenbriefredaktion.

Die Filme sind im Youtubekanal von Dolce Lauda und von DIReV zu sehen, zunächst der Frankfurter Film, der Kölner und der Bonner werden folgen.



Delta-t fordert ein Grundrecht auf Schlaf

DIRITTO SOCIETARIO

Trasferimento della sede legale di società extra UE in Germania o in Italia

All'interno dell'UE, la libertà di stabilimento si applica anche alle società, che possono trasferirsi da uno Stato membro dell'UE all'altro mantenendo la propria identità (ovvero senza previa liquidazione e nuova costituzione) qualora vengano rispettate le rispettive disposizioni nazionali (in Germania il § 334 comma 1 della legge tedesca sulla trasformazione societaria). Questa possibilità si apre ora anche ad una società svizzera - e quindi anche per altre società al di fuori dell'UE - se si sceglie la "via lussemburghese".

Il Tribunale di Mannheim aveva rifiutato di iscrivere nel registro delle imprese tedesco un'ex società svizzera, divenuta S.a.r.l. in Lussemburgo, con la motivazione che era stata originariamente fondata in Svizzera e quindi non in uno Stato membro dell'Unione Europea. Tuttavia, la Corte di Appello di Karlsruhe concordava con la tesi che anche le "società di transito" devono considerarsi costituite nella UE e devono quindi essere registrate in Germania (Corte di Appello di Karlsruhe, 24 aprile 2024, 1 W 40/23 Wx).

La ragione di tale doppio trasferimento è che il Lussemburgo consente alle società di paesi che non fanno parte dell'UE né dello Spazio economico europeo di trasferire la propria sede in Lussemburgo.

Germania: S.r.l. tedesca (GmbH)- Responsabilità dell'amministratore uscente per violazione dell'obbligo di presentare istanza di fallimento

Con la sentenza del 24 luglio 2024 (RG II ZR 206/22), la Corte Federale Tedesca (BGH) ha stabilito che un amministratore che ha lasciato la società può essere ancora responsabile dei danni subiti dai nuovi creditori ai sensi dell'art. 823 (2) BGB in com-

binato disposto con l'art. 15a InsO (Codice tedesco dell'insolvenza). Il presupposto è che la situazione pregiudizievole derivante dal ritardo nella presentazione dell'istanza di fallimento esistesse ancora nel momento in cui si è verificato il danno.

La Corte federale tedesca ha ribaltato la sentenza della Corte di Appello e ha confermato che la responsabilità di un ex amministratore per il ritardo nella proposizione dell'istanza di fallimento non è limitata ai danni verificatisi prima della sua uscita dalla società. L'amministratore uscente è invece responsabile ai sensi dell'art. 823 (2) BGB in combinato disposto con l'art. 15a InsO, anche nei confronti dei creditori che hanno instaurato un rapporto contrattuale con la società solo dopo la cessazione del suo incarico, se la situazione di rischio creata dalla mancata istanza di fallimento non viene meno.

Sebbene i doveri dell'amministratore in qualità di organo esecutivo e quindi anche il suo obbligo di dichiarare l'insolvenza cessino con la cessazione della sua posizione di organo esecutivo, ciò non comporta una correzione retroattiva delle violazioni già perpetrate dell'obbligo di presentare istanza di fallimento. La Suprema Corte tedesca aveva stabilito che la violazione dell'obbligo di presentare istanza di fallimento da parte di un ex amministratore delegato era un fattore concausale ai fini dei successivi contratti stipulati dalla società, in quanto tali contratti non sarebbero stati stipulati se fosse stata presentata la domanda di insolvenza.

Anche un amministratore revocato corre pertanto anche il rischio di doversi assumere la responsabilità per i danni che si sono verificati dopo la cessazione dell'incarico, qualora in precedenza aveva violato l'obbligo di presentare la domanda di fallimento.



S.r.l.: convocazione dell'assemblea dei soci da parte dei soci e impugnazione delibera da parte degli amministratori

Con sentenza del 9 aprile 2024 (RG 6041/2022) il Tribunale di Torino ha confermato che il socio di una S.r.l. che detenga una quota di partecipazione pari a un terzo del capitale sociale ha diritto di convocare l'assemblea. Tale facoltà si ricava dall'art. 2479 del codice civile, il quale prevede il potere del socio di S.r.l. titolare di una quota di almeno un terzo del capitale di sottoporre i propri argomenti all'approvazione dell'assemblea dei soci. Tale facoltà sarebbe del tutto superflua se il socio, dinanzi all'inerzia dell'amministratore della s.r.l., non potesse procedere direttamente alla convocazione dell'assemblea. Naturalmente il potere di convocazione del socio di s.r.l. è configurato come concorrente rispetto al potere attribuito all'amministratore ex statuto.

A differenza di quanto avviene in Germania, gli amministratori di una Srl, in quanto soggetti tenuti a partecipare all'assemblea dei soci, sono parimenti legittimati a impugnare la deliberazione assembleare qualora sussistano motivi di invalidità. Pertanto, va prestata particolare attenzione anche in caso assemblea totalitaria, qualora gli amministratori non siano presenti e/o non abbiano acconsentito dopo essere stati informati (consenso informato); la delibera assembleare potrebbe essere impugnata dallo stesso organo amministrativo.

I DIRITTI FONDAMENTALI NEL CONFRONTO ITALO-TEDESCO SU YOUTUBE

Le Università di Colonia e Firenze hanno istituito un corso di laurea in giurisprudenza italo-tedesca che inizia con quattro semestri a Firenze e prosegue con il terzo e quarto anno a Colonia. Gli studenti possono conseguire sia la laurea italiana che quella tedesca e l'intero programma è biculturale e bilingue.

Gli studenti italo-tedeschi sono giustamente orgogliosi della loro formazione interculturale e hanno fondato un'associazione: "Deutsch-italienische Rechtswissenschaftler e.V." (=DIReV), che collabora con studi legali, tra cui Dolce Lauda.

Con il titolo "Incontri intergenerazionali", DIReV, con la partecipazione di Dolce Lauda, gira video in luoghi importanti per i diritti fondamentali, in cui giovani giuristi (DIReV) parlano con avvocati più anziani (DL) del loro rapporto con gli articoli rilevanti della Costituzione e discutono in senso positivo. Non viene

trascurato l'aspetto del diritto comparato tra la Costituzione tedesca e quella italiana.

A Francoforte sono stati realizzati servizi sull'articolo 1 della Costituzione tedesca e sull'articolo 1 della Costituzione italiana e il film non è stato girato solo nella chiesa di San Paolo - cosa molto evidente, essendosi costituito lì il primo parlamento nazionale con la prima costituzione- ma anche sul ponte sul Meno, dove il testo dell'articolo 1 della costituzione è finito in acqua dopo essere stato svitato dall'edificio della Procura della Repubblica.

A Colonia si è discusso della libertà di espressione e si è celebrato e discusso il carnevale, come valvola di sfogo per la satira e la critica allo Stato autoritario.

A Bonn, il tema della libertà di riunione è ora all'ordine del giorno: con testimoni contemporanei che

hanno partecipato alla più grande manifestazione della Repubblica Federale Tedesca nel 1982 (300.000 manifestanti per la pace), tra cui il membro più anziano della redazione della Lettera ai clienti.

I filmati sono visibili sui canali YouTube di Dolce Lauda e DIReV, a partire da quello di Francoforte, cui seguiranno quelli di Colonia e Bonn.

Domiciliazioni e ricerca personale bilingue

dlw

Tel.: 0049 · 69 · 1310666
info@dlwfrankfurt.de

INTERNATIONALES ZIVILPROZESSRECHT

Örtliche Zuständigkeit bei grenzüberschreiten- der Klage gegen inländische Streitgenossen OLG Frankfurt am Main zum Gerichtsstand des Sachzusammenhangs gemäß Art. 8 EuGVVO bei inländischen Streitgenossen

Das OLG Frankfurt am Main hat mit Beschluss vom 05.04.2024 (Az.: 13 UH 10/23) zu der in Deutschland umstrittenen Frage Stellung genommen, ob die örtliche Zuständigkeit des Gerichts bei einer grenzüberschreitenden Klage gegen Streitgenossen, die beide ihren Sitz im gleichen Mitgliedstaat haben, nach unionsrechtlichen Vorschriften oder nach nationalem Recht bestimmt wird.

Art. 8 EuGVVO sieht einen besonderen Gerichtsstand für Streitgenossen vor, d.h. ein Streitgenosse kann vor dem Gericht des Sitzes oder Wohnsitzes des anderen Streitgenossen verklagt werden, auch wenn er dort keinen allgemeinen Gerichtsstand hat, wenn zwischen den Klagen eine so enge Beziehung besteht, dass ein gemeinsames Verfahren geboten erscheint. In der deutschen Rechtslehre ist die Reichweite des Art. 8 EuGVVO streitig: Teilweise wird vertreten, dass diese Vorschrift nur für beklagte Streitgenossen gilt, die nicht im Gerichtsstaat wohnen bzw. ihren Sitz haben, so dass bei Klagen gegen mehrere inländische Streitgenossen ohne gemeinsamen Gerichtsstand die örtliche Zuständigkeit ausschließlich nach der deutschen ZPO zu bestimmen ist. Anders hat es das OLG Frankfurt am Main gesehen: Nach dem Wortlaut der Vorschrift seien auch Fälle erfasst, in denen die beklagten Parteien ihren Wohnsitz im gleichen Mitgliedstaat haben, sie aber von einem ausländischen Kläger verklagt werden. Es bliebe dann dem Kläger vorbehalten, welchen „Ankerbeklagten“ er sich aussuche: Durch seine Wahl lege er sowohl die internationale als auch die örtliche

Zuständigkeit für seine Klage gegen die anderen Beteiligten fest.

So lag der Fall auch hier: Wir hatten für unsere italienische Mandantin gegen zwei deutsche Streitgenossen mit Sitz in unterschiedlichen Gerichtsbezirken Klage am allgemeinen Gerichtsstand eines der beiden Beklagten erhoben und uns auf Art. 8 EuGVVO gestützt. Der „gerichtsbezirksfremde“ Streitgenosse hatte die örtliche Unzuständigkeit des angerufenen Gerichts gerügt. Das OLG Frankfurt am Main aber bestätigte die Anwendbarkeit des Art. 8 EuGVVO auf unseren Fall, so dass das Verfahren am angerufenen Gericht weitergeführt werden konnte.

Was nicht bedeutet, dass bei der Anwendung nationalen Verfahrensrechts ein anderes Ergebnis erzielt worden wäre: Da die Beklagten Streitgenossen gemäß § 60 ZPO waren, hätte die Zuständigkeit des angerufenen Gerichts für die Klage gegen den „gerichtsbezirksfremden“ Streitgenossen von dem OLG Frankfurt gemäß § 36 ZPO bestimmt werden müssen.

Dieser zusätzliche Verfahrensschritt dürfte ausländischen Klägern nunmehr erspart bleiben, wenn und soweit die Instanzengerichte die Rechtsauffassung des OLG Frankfurt kennen - und teilen. CA

Internationale Zuständigkeit durch rügelose Einlassung

Die Beschäftigungsverhältnisse des Ryanair-Konzerns führen oft zu interessanten Entscheidungen. Ein in Deutschland wohnender Pilot, der formal ein Arbeitsverhältnis mit einer maltesischen Konzerngesellschaft hatte, klagte gegen seine Kündigung vor einem deutschen Arbeitsgericht. Dieses Verfahren gab dem Bundesarbeitsgericht Anlass zur Feststellung, dass die rügelose Einlassung, die die internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte begrün-

den kann, spätestens in der ersten Stellungnahme der Beklagten erhoben werden muss. Im Berufungsverfahren muss sie ebenfalls sofort wiederholt werden (BAG vom 29.05.2024, 2 AZR 313/22).

Der Hinweis des Bundesarbeitsgerichts gibt wiederum uns Anlass, jüngere Kollegen vor einem „Trick“ zu warnen (oder ihn gerade zu empfehlen), der die internationale Zuständigkeit begründen kann und auf den international unerfahrene Kollegen reinfallen können:

Hat ein Schuldner in der Europäischen Union Vermögen (beispielsweise Kundenforderungen), hat er aber gleichzeitig keinen Gerichtsstand in der EU (beispielsweise ein chinesisches Unternehmen), bietet es sich an, ihn trotzdem in Deutschland zu verklagen. Kommt es zur mündlichen Verhandlung, erscheint man als Gläubiger dann nicht. Wenn der Gegner (also im Beispiel der Prozessbevollmächtigte des chinesischen Unternehmens) sich darüber freut und auch etwas unbedarft ist, wird er ein Versäumnisurteil beantragen, das auch verkündet werden wird. Damit wäre das Ziel des deutschen Gerichtsstands erreicht; das Versäumnisurteil war das trojanische Pferd in die deutsche Gerichtsbarkeit.

Die zweite Lehre aus dem Urteil des Bundesarbeitsgerichts ist ebenfalls bekannt: Wenn beide Parteien während des Rechtsstreits auf der Grundlage einer bestimmten Rechtsordnung verhandeln und auf diese Bezug nehmen, kann nachträglich eine Rechtswahl angenommen werden, die das eigentliche Vertragsstatut (also das anzuwendende nationale Recht) modifiziert. Bei Verfahren über die Beendigung eines Arbeitsverhältnisses ist beispielsweise für Arbeitgeber deutsches Recht in der Regel vorteilhafter als das italienische Recht. Rechtsanwälte, die italienische Arbeitnehmer vertreten, leisten ihrer Partei einen Bärendienst, wenn sie sich dann auf das deutsche Recht einlassen.

ARBEITSRECHT

Bonus und Target

Aufmerksamen Lesern unseres Mandantenbriefes ist es sicher nicht entgangen, dass wir bei Bonusvereinbarungen wiederholt auf die unterschiedliche Rechtslage in Deutschland und Italien hinweisen: Steht dem deutschen Arbeitnehmer ein Bonus zu, den er bei Zielerreichung beanspruchen kann, so erreicht er ihn auch ohne Zielerreichung (in Gestalt eines Schadensersatzanspruches), wenn der Arbeitgeber ihm die Ziele für das Bezugsjahr zu spät mitteilt. Der Arbeitnehmer kann sich auf den kaum widerlegbaren Standpunkt stellen: Hätte er die Ziele früher gekannt, hätte er sich entsprechend mehr angestrengt.

Einen interessanten Fall hatte das BAG am 3.7.2024 (10 AZR 171/23) zu entscheiden. In den zugrundeliegenden Fall sah der Arbeitsvertrag vor, dass die Ziele einvernehmlich festgesetzt werden sollten und für den Fall, dass eine Einigung nicht erzielt werden würde, die Gesellschaft das Recht habe, die Ziele festzusetzen. Die entsprechende Klausel

war zwischen den Parteien nicht ausgehandelt, sondern eine sogenannte allgemeine Geschäftsbedingung. Das Bundesarbeitsgericht hielt die Klausel für nicht transparent und daher für unwirksam.

Urlaubsanspruch des gekündigten und freigestellten Arbeitnehmers

Das LAG Sachsen hatte einen Fall zu entscheiden, der in der Praxis immer wieder vorkommt. Ein Arbeitgeber kündigt einen Arbeitnehmer, stellt ihn von der Arbeitsverpflichtung während der Kündigungsfrist frei und weist diesen an, seinen Resturlaub zu nehmen.

Hier ist zunächst dem italienischen Leser zu erklären, dass in Deutschland die Kündigungsfrist in der Regel nicht abgeholten werden kann, da der Arbeitnehmer sonst seinen Sozialversicherungsschutz verliert. Der gekündigte Arbeitnehmer erkrankt bei Erhalt der Kündigung und ist damit nicht in der Lage, in der Kündigungsfrist ihren Urlaub zu nehmen. Das LAG (Urteil vom 30. Mai 2024, 4 Sa 17/23) lässt keinen Zweifel daran, dass dem

Arbeitnehmer in diesem Fall ein Urlaubsabgeltungsanspruch zusteht.

Diskriminierung von Teilzeitbeschäftigten bei Überstundenzuschlägen

Das Bundesarbeitsgericht hat mit Entscheidung vom 5. Dezember 2024 (8 AZR 370/20) ein viel beachtetes Urteil verkündet. Es hält eine tarifvertragliche Regelung, die unabhängig von der individuellen Arbeitszeit für Überstundenzuschläge das Überschreiten der regelmäßigen Arbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten voraussetzt, für diskriminierend zum Nachteil von teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmern und damit für nichtig. In dem betreffenden Betrieb galt eine Regelarbeitszeit von 8 Stunden. Der Vollzeitbeschäftigte, der über seine Regelarbeitszeit von 8 Stunden hinaus arbeitete, erhielt einen Überstundenzuschlag. Der Teilzeitbeschäftigte, die über seine Regelarbeitszeit von (beispielsweise) 4 Stunden hinaus arbeitete, erhielt keinen Zuschlag. Da hierfür kein sachlicher Grund vorlag, lag die Diskriminierung

DIRITTO PROCESSUALE CIVILE INTERNAZIONALE

Competenza territoriale nei procedimenti transfrontalieri contro litisconsorti nazionali

La corte d'Appello di Francoforte sul Meno sul foro competente per la connessione sostanziale ai sensi dell'art. 8 del Regolamento Bruxelles I nel caso di litisconsorti nazionali

In una decisione del 5 aprile 2024 (riferimento del caso: 13 UH 10/23), la corte d'Appello di Francoforte sul Meno ha commentato la questione controversa in Germania se la competenza locale del tribunale in un'azione transfrontaliera contro litisconsorti domiciliati nello stesso Stato membro sia determinata in base al diritto dell'UE o al diritto nazionale.

L'art. 8 del Regolamento Bruxelles I prevede un foro speciale per i litisconsorti, vale a dire che un litisconsorte può essere citato davanti al tribunale del domicilio o della residenza dell'altro litisconsorte, anche se non vi ha un foro generale, se esiste una relazione così stretta tra le azioni da rendere necessario un procedimento congiunto. Nella dottrina giuridica tedesca, la portata dell'art. 8 del Regolamento Bruxelles I è controversa: alcuni sostengono che questa disposizione si applichi solo ai convenuti che non risiedono o non hanno la sede legale nello Stato della giurisdizione, cosicché nel caso di azioni contro più convenuti nazionali senza un foro comune, la giurisdizione locale deve essere determinata esclusivamente in base al Codice di procedura civile tedesco. La corte d'appello di Francoforte sul Meno è stata di parere diverso: in base alla formulazione della disposizione, sono contemplati anche i casi in cui le parti convenute sono domiciliate nello stesso Stato membro ma sono citate in giudizio da un attore straniero. Spetterebbe quindi all'attore decidere quale "convenuto di riferimento" scegliere: con la sua scelta, egli determinerebbe sia la giurisdizione

internazionale che quella locale per la sua azione contro le altre parti.

Questo era anche il caso in questione: Abbiamo intentato un'azione per conto di un nostro cliente italiano contro due convenuti tedeschi domiciliati in giurisdizioni diverse presso il foro generale di uno dei due convenuti e abbiamo invocato l'art. 8 del Regolamento Bruxelles I. Il convenuto "non giurisdizionale" aveva eccepito la mancanza di giurisdizione locale del tribunale adito. Tuttavia, la Corte d'Appello di Francoforte sul Meno ha confermato l'applicabilità dell'art. 8 del Regolamento Bruxelles I al nostro caso, cosicché il procedimento è potuto proseguire presso il tribunale adito.

Ciò non significa che si sarebbe ottenuto un risultato diverso se fosse stato applicato il diritto processuale nazionale: poiché i convenuti erano parti intervenienti ai sensi della Sezione 60 dello ZPO, la competenza del tribunale adito per l'azione contro la parte interveniente "non giurisdizionale" avrebbe dovuto essere determinata dalla Corte d'Appello di Francoforte ai sensi della Sezione 36 dello ZPO.

I ricorrenti stranieri dovrebbero ora essere risparmiati da questo ulteriore passaggio procedurale se e nella misura in cui i tribunali di primo grado riconoscono - e condividono - il parere legale della Corte d'Appello di Francoforte. CA

La giurisdizione internazionale attraverso la sottomissione spontanea

I rapporti di lavoro del Gruppo Ryanair portano spesso a decisioni interessanti. Un pilota residente in Germania, che formalmente aveva un rapporto di lavoro con una società del gruppo maltese, ha intentato un'azione contro il suo licenziamento presso un tribunale del lavoro tedesco. Questo caso ha indotto la Corte federale del lavoro a stabilire che il moti-

vo di contestazione, che può stabilire la giurisdizione internazionale dei tribunali tedeschi, deve essere sollevato al più tardi nella prima dichiarazione del convenuto. Inoltre, deve essere ripetuta immediatamente nel procedimento di appello (BAG del 29 maggio 2024, 2 AZR 313/22).

Il riferimento della Corte federale del lavoro ci dà a sua volta motivo di mettere in guardia i colleghi più giovani da un "trucco" (o di consigliarlo) che può giustificare la giurisdizione internazionale e nel quale possono cadere i colleghi inesperti in campo internazionale:

Se un debitore ha beni nell'Unione Europea (ad esempio, crediti di clienti), ma allo stesso tempo non ha un foro competente nell'UE (ad esempio, una società cinese), può avere senso citarlo comunque in Germania. Se si tiene un'udienza orale, il creditore non compare. Se l'opponente (nell'esempio il rappresentante autorizzato della società cinese) è contento di questo e anche un po' sprovveduto, chiederà una sentenza di contumacia, che verrà ugualmente pronunciata. In questo modo si raggiunge l'obiettivo della giurisdizione tedesca: la sentenza contumacia è il cavallo di Troia per la giurisdizione tedesca.

Anche il secondo insegnamento della sentenza della Corte federale del lavoro è noto: se entrambe le parti negoziano sulla base di un determinato ordinamento giuridico durante la controversia legale e vi fanno riferimento, si può successivamente ipotizzare una scelta di legge che modifica l'effettivo statuto contrattuale (ossia la legge nazionale applicabile). Nei procedimenti relativi alla cessazione di un rapporto di lavoro, ad esempio, il diritto tedesco è generalmente più favorevole ai datori di lavoro rispetto al diritto italiano. Gli avvocati che rappresentano i lavoratori italiani fanno un torto alla loro parte se poi accettano il diritto tedesco.

DIRITTO DEL LAVORO

Bonus e obiettivi

I lettori attenti della nostra lettera ai clienti avranno notato che facciamo ripetutamente riferimento alla diversa situazione giuridica in Germania e in Italia per quanto riguarda gli accordi sui bonus: se il dipendente tedesco ha diritto a un bonus, che può richiedere se raggiunge i suoi obiettivi, lo ottiene anche senza averli raggiunti (sotto forma di richiesta di risarcimento danni) se il datore di lavoro gli comunica troppo tardi gli obiettivi per l'anno di riferimento. Il dipendente può sostenere quanto segue, che è difficilmente confutabile: se avesse conosciuto prima gli obiettivi, avrebbe fatto uno sforzo proporzionalmente maggiore.

Il Tribunale federale del lavoro ha dovuto decidere un caso interessante il 3 luglio 2024 (10 AZR 171/23). Nel caso in questione, il contratto di lavoro stabiliva che gli obiettivi dovevano essere fissati di comune accordo e che l'azienda aveva il diritto di fissare gli obiettivi in caso di mancato accordo. La clausola corrispondente non era stata negoziata tra

le parti, ma era una cosiddetta condizione aziendale generale. Il Tribunale federale del lavoro ha ritenuto la clausola non trasparente e quindi non valida.

Diritto alle ferie di un dipendente licenziato e dimesso

Il Tribunale della Sassonia ha dovuto decidere su un caso che si ripete nella pratica. Un datore di lavoro licenzia un dipendente, lo esonera dagli obblighi lavorativi durante il periodo di preavviso e gli ordina di prendere le ferie rimanenti.

La prima cosa da spiegare al lettore italiano è che in Germania il periodo di preavviso non può essere normalmente indennizzato, perché altrimenti il lavoratore perderebbe la copertura previdenziale. Il dipendente licenziato si ammala al momento del ricevimento della comunicazione di licenziamento e non può quindi godere delle ferie durante il periodo di preavviso. Il Tribunale (sentenza del 30 maggio 2024, 4 Sa 17/23) non lascia dubbi sul fatto che il dipendente abbia diritto a un'indennità per le ferie in questo caso.

Discriminazione nei confronti dei dipendenti a tempo parziale per quanto riguarda la retribuzione degli straordinari

Nella decisione del 5 dicembre 2024 (8 AZR 370/20), il Tribunale federale del lavoro ha emesso una sentenza molto nota. La Corte ha stabilito che una disposizione di un contratto collettivo che prevede la retribuzione degli straordinari per il superamento dell'orario di lavoro regolare di un dipendente a tempo pieno, a prescindere dall'orario di lavoro del singolo, è discriminatoria a danno dei dipendenti a tempo parziale e quindi nulla. Nell'azienda in questione vigeva un orario di lavoro standard di 8 ore. Il dipendente a tempo pieno che ha lavorato più del suo orario di lavoro standard di 8 ore ha ricevuto una gratifica per gli straordinari. Il dipendente part-time che ha lavorato più del suo orario standard di (ad esempio) 4 ore non ha ricevuto un supplemento. Poiché non vi era alcuna ragione oggettiva per questo, la discriminazione era evidente.

DOLCE · LAUDA ON THE ROAD



13. Kongress der CDH International in Köln zum Handelsvertreterrecht, rechtsvergleichendes Gewährleistungsrecht, Familienrecht und Lieferketten

RA Cordella nahm am 18. und 19. Oktober 2024 am 13. Kongress der CDH International in Köln teil, wo er mit Kollegen aus ganz Europa zusammentraf und einen Vortrag über das italienische Handelsvertreterrecht in Bezug auf den Ausgleichsanspruch nach den italienischen Tarifverträgen (AEC) und Mindestsatzklauseln gehalten hat.

Rechtsvergleichendes Seminar in Gorizia



Gewährleistungsrecht, Lieferkettengesetz, Transport- und Familienrecht waren die Themen des Seminars, das die Kanzlei gemeinsam mit der Kanzlei Diego-Deboni-Ferletic (Trieste/Gorizia) in Gorizia vom 13.-14.09.2024 veranstaltet hat; die Teilnehmer waren begeistert und ein besonderer Dank geht an die Rechtsanwältinnen Debora Valentini und Alessandro Deboni für die hervorragende Organisation am Ort. In KuK-Tradition referierten Rechtsanwältinnen nicht nur aus Deutschland und Italien, sondern auch aus Österreich, Kroatien und Slowenien!

RA Dolce auf der Buchmesse



Rodolfo Dolce stellte am Stand des Villa Vigoni Verlages während der Buchmesse am 19.10.2024 seine „Mosca Bianca“ vor. Ein Buch über die verschiedenen Migrationswellen aus Italien nach Deutschland, das er gemeinsam mit seinem Vater Giuliano geschrieben hat.



Tagung EJNita 2.0 in Ferrara, Italien

RAin Ramon nahm am 25.10.24 an der Tagung „La mediazione familiare transfrontaliera“ an der Universität Ferrara, teil. Die Tagung war nicht nur ein interessanter juristischer Austausch über grenzüberschreitende Mediation, sondern würdigte auch den Europäischen Tag der Justiz.



Tagung der AG Familienrecht im DAV, München

RAin Ramon hat in diesem Jahr wieder an der Jahrestagung der AG Familienrecht im DAV teilgenommen, auf der die aktuellsten Themen und die neueste Rechtsprechung im Bereich des Familienrechts eingehend diskutiert wurden.

World Link for Law – Jahreskonferenz in Sao Paulo - Rio



Dank der hervorragenden Organisation des Kollegen am Ort Neil Montgomery fand die WLL-Jahreskonferenz in einem außerordentlich interessanten Rahmen statt. Die Anwältinnen Rodolfo Dolce, Viviana Ramon, Carlo Malossi und André Castelli verfolgten aufmerksam die Ausführungen und Präsentationen der südamerikanischen WLL-Mitglieder, die einen Einblick in die Geschäfte mit ihren Ländern gaben und Erfahrungen austauschten. Kurzum: WLL und Dolce Lauda sind bereit für das frisch unterzeichnete Mercosur-Abkommen!



World Link for Law - Europäisches Treffen in Rom

Um das Angebot an Initiativen und an Begegnungsmöglichkeiten für die Mitglieder des Netzwerks zu komplettieren, wurde Mitte Oktober in Rom ein Treffen mit der Anwaltskanzlei Corapi organisiert, das sich mit Schiedsgerichtsbarkeit, internationaler Gerichtsbarkeit, Verbraucherschutz, Gesellschaftsrecht und IP befasste.

Rechtsanwältin Angela Bonacina erläuterte insbesondere die Fallstricke von Italian Sounding als „Fake“ made in Italy, und Ehrengast Rechtsanwältin Stella Padovani, Leiterin des Bereichs IP einer großen italienischen Marke und ehemalige Praktikantin bei Dolce Lauda, sprach über konkrete Möglichkeiten, Marken vor den Fallstricken der Nachahmung auf dem internationalen Markt, insbesondere in Asien, zu schützen. Rechtsanwalt Castelli hielt einen Vortrag über den Schutz ausländischer Verbraucher; unter den Teilnehmern waren auch die Rechtsanwältinnen Doriana de Luca und Viviana Ramon, die das Dolce Lauda-Kontingente verstärkten. AC

Neues Büro in Udine

Frau RAin Caroline Havemann ist die verantwortliche Rechtsanwältin für unser Büro in Udine, das im September 2024 eröffnet wurde. Schauen Sie vorbei! Via Mantica 7 · 33100 Udine.



DOLCE · LAUDA ON THE ROAD



Himmel und Äd mit Blutwurst aus Köln

13° Congresso internazionale CDH a Colonia sul diritto commerciale di agenzia

L'Avv. Cordella ha partecipato al 13° Congresso internazionale del CDH a Colonia il 18 e 19 ottobre 2024, dove ha incontrato colleghi provenienti da tutta Europa e ha tenuto una presentazione sul diritto italiano delle agenzie commerciali rapportato al diritto al risarcimento dei danni previsto dai contratti collettivi italiani (AEC) e alle clausole di fatturato minimo.



Presniz aus Gorizia

Seminario di diritto comparato a Gorizia

Il Diritto delle garanzie, diritto della catena di fornitura, trasporti e diritto di famiglia sono stati i temi del seminario che lo studio Dolce Lauda ha organizzato insieme allo studio legale Diego-Deboni-Ferletic (Trieste/Gorizia) a Gorizia dal 13 al 14 settembre 2024; i partecipanti sono stati entusiasti; un ringraziamento particolare va agli avvocati Debora Valentini e Alessandro Deboni per l'ottima organizzazione in loco. Come da tradizione KuK (austro-ungarica), hanno tenuto conferenze avvocati non solo tedeschi e italiani, ma anche austriaci, croati e sloveni!

Avv. Dolce alla fiera del libro a Fracoforte

Handkäs mit Musik

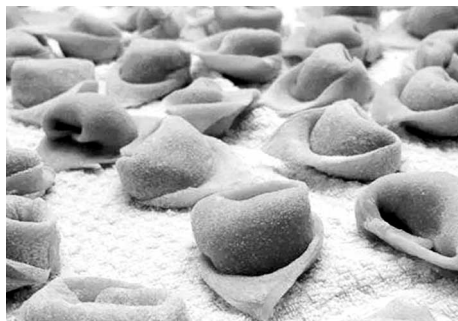
Rodolfo Dolce ha presentato il suo "Mosca Bianca" presso lo stand di Villa Vigoni Verlag durante la fiera del libro del 19 ottobre 2024. Un libro sulle varie ondate migratorie dall'Italia alla Germania, scritto insieme al padre Giuliano.



Orzo e fagioli

Nuovo ufficio a Udine

La collega Caroline Havemann è l'avvocato responsabile del nostro ufficio di Udine, inaugurato nel novembre 2024. Siete i benvenuti in Via Mantica 7, 33100 Udine!



Cappellacci di Zucca

Conferenza EJNita 2.0 a Ferrara, Italia

La collega Ramon ha partecipato alla conferenza "La mediazione familiare transfrontaliera" presso l'Università di Ferrara il 25 ottobre 2014. La conferenza non solo è stata occasione per un interessante scambio giuridico sulla mediazione transfrontaliera, ma ha anche onorato la Giornata europea della giustizia.

Conferenza d'autunno dell'AG Family Law in the DAV, Monaco di Baviera

Weißwürste mit süßem Senf und Brezel

Anche quest'anno l'avvocato Ramon ha partecipato alla conferenza annuale del gruppo di lavoro sul diritto di famiglia del DAV, in cui sono stati discussi in dettaglio i temi più recenti e la giurisprudenza nel campo del diritto di famiglia.



Feijoada

World Link for Law - Conferenza annuale a Sao Paulo - Rio

Grazie alla splendida organizzazione del collega locale Neil Montgomery si è tenuta in una cornice straordinariamente interessante la conferenza annuale WLL. Gli avvocati Rodolfo Dolce, Viviana Ramon, Carlo Malossi e André Castelli hanno seguito con attenzione i lavori e le relazioni dei membri WLL sudamericani che hanno aperto una finestra sul business con i loro paesi e si sono confrontati in un reciproco scambio di esperienze. Insomma, WLL e Dolce Lauda sono pronti per l'accordo Mercosur fresco di firme! Per i più fortunati il confronto con la realtà brasiliana è proseguito a Rio.



Carciofi alla Giudea

World Link for Law - European Meeting a Roma

L'incontro è stato organizzato ottimamente con lo studio Corapi di Roma a metà ottobre, incentrato su arbitrato, giurisdizione internazionale, tutela del consumatore, diritto societario e protezione intellettuale.

In particolare l'avvocato Angela Bonacina ha esposto le insidie dell'Italian Sounding come "fake" made in Italy e l'ospite d'onore avvocato Stella Padovani, capo del settore tutela protezione intellettuale di un importante brand italiano, già stagista da Dolce Lauda, ha parlato della modalità concrete di tutela del marchio dalle insidie delle contraffazioni sul mercato internazionale particolarmente asiatico. L'avvocato Castelli ha tenuto una relazione sulla tutela del consumatore estero, tra i partecipanti gli avvocati Dorian de Luca e Viviana Ramon.

PUBLIKATIONEN

Hiermit setzen wir die Tradition aus den ersten Ausgaben des Mandantenbriefes fort, über Publikationen unserer Rechtsanwälte zu berichten.

In den letzten zwei Jahren sind erschienen:



1
Viviana Ramon: La sottrazione internazionale di minori in Germania e nei rapporti italo-tedeschi,
in "Persone e famiglie nuovi scenari giuridici transnazionali", a cura di Fernanda Vaglio e Maria Grazia Zecca, Key Editore, Juli 2024

2
Dolce / de Luca: Arbeitsrecht in Italien, Diritto del lavoro in Italia
2. Aufl. in Vorbereitung, 2a ed. in preparazione, erscheint im Springer-Gabler Verlag, 2025

3
Rodolfo Dolce: Giovanni Falcone, ein Held beider Welten? Giovanni Falcone, un eroe dei due mondi?
in „Cantiere Europa, Europas Baustellen“, VillaVigoni Verlag, 2023

4
André Castelli: Italien: Abmachungen über die Erbfolge,
in Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge, 8/2024, S. 518

5
André Castelli: Italien: Bevorstehende Änderungen bei der Erbschaftsteuer,
in Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge, 8/2024, S. 518

6
André Castelli: Italien: Übertragung der Zuständigkeit für Genehmigungen in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit auf Notare,
in Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge, 8/2023, S. 492

PUBBLICAZIONI

Continuiamo la tradizione dei primi numeri della Client Newsletter di segnalare le pubblicazioni dei nostri avvocati.

Negli ultimi due anni sono state pubblicate le seguenti:



DOLCE · LAUDA

RECHTSANWÄLTE · AVVOCATI

Partnerschaftsgesellschaft mbB

www.dolcelauda.com



Arndtstraße 34-36 · D-60325 Frankfurt am Main
Tel: +49 69 92 07 15-0 · email: info@dolce.de

Via Visconti di Modrone 38 · I-20122 Milano
Tel: +39 02 76 8 10 29 · email: dIMI@dolce.it

Viale Verdi 15 · I-41121 Modena
Tel: +39 - 059 - 439 17 37 · email: dIMO@dolce.it

Werastrasse 22 · D-70182 Stuttgart
Tel: +49 711 236 42 91 · email: info@dolce.de

Ridlerstraße 33 · D-80339 München
Tel: +49 89 599 186 26 · email: info@dolce.de

Via Amendola 104 · I-70126 Bari
Tel: +39 - 080 512 99 49 · email: dIba@dolce.it

Via Mantica 7 · I-33100 Udine
Tel: +39 - 0432 295134 · email: info@dolce.de